

Zur künftigen Entwicklung der deutschen Militärausgaben

Lühr Henken



Herausgeber der IMI-Studie 2003/01
"Zur künftigen Entwicklung der deutschen Militärausgaben"
ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Studie spiegelt nicht notwendigerweise die
Auffassung der Informationsstelle Militarisierung wieder.
Der Kontakt zum Autor Lühr Henken ist über IMI möglich.
Layout: IMI / Tobias Pflüger
Adresse von IMI: Hechinger Str. 203, 72074 Tübingen
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de
Tel. 07071/49154, Fax 07071/49159

Tübingen und Hamburg, Januar 2003

<p>IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen BLZ 641 500 20 Konto 166 28 32</p>
--

Zur künftigen Entwicklung der deutschen Militärausgaben

Während der Ansatz für den Gesamthaushalt des Bundes für das Jahr 2003 eine Senkung der Ausgaben um 1,8 Prozent (inkl. Nachtragshaushalt) vorsieht, wird dem Einzelplan 14, dem Verteidigungshaushalt, 3,2 Prozent mehr zugewiesen als im Jahr 2002. Dieses Plus resultiert aus der Überführung der „Antiterrormittel“ in Höhe von 767 Mio. Euro aus dem Einzelplan 60 des Jahres 2002 in den Einzelplan 14. Somit ändert sich an der Höhe der Verteidigungsausgaben von 2002 nach 2003 eigentlich nichts. Allerdings ist eine qualitative Veränderung innerhalb des Einzelplan 14 hervorzuheben: Die Ausgaben für Beschaffungen + Forschung, Entwicklung und Erprobung (FEE) steigen um 15,75 Prozent (von 4.386 auf 5.077 Mio. Euro). Die rot-grüne Bundesregierung will bis 2006 den Plafond von knapp 24,4 Mrd. Euro einfrieren. Falls die im Einzelplan 14 von 2003 bis 2006 jeweils eingestellten 1.153 Mio. Euro zur „Terrorbekämpfung sowie für sonstige Auslandseinsätze“ nicht ausreichen, können diese „bei Bedarf über Haushaltsvermerke zusätzlich verstärkt werden.“¹ Darüber hinaus ist der Verteidigungsminister ermächtigt, im selben Zeitraum „aus der Veräußerung überschüssigen Materials sowie aus Grundstücksverkäufen, Vermietung und Verpachtung“² jährlich bis zu 614 Mio. Euro einzunehmen. Er hätte somit zwei Einnahmequellen: die Steuergelder des Bundeshaushalts und die Gewinne aus Verkauf, Vermietung und Verpachtung. Fürs Militär würden somit bis 2006 jährlich bis zu 25 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Bei der NATO sind allerdings seit Jahren Beträge registriert, die um 31 Mrd. Euro jährlich liegen³.

¹ Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht 7.2002

² Kabinettdvorange Bundeshaushalt 2003, www.bundesfinanzministerium.de/Anlage12763/Kabinettdvorange-Bundeshaushalt-2003-und-Finanzplan-2002-bis-2006.pdf

³ Einbezogen in NATO-Kriterien sind vor allem die Pensionszahlungen und der Zivilschutz. Pensi-

Bundeswehr bis 2006 weltweit angriffsfähig

Allerdings sind spätestens mit dem Bundeswehrplan 1997⁴ (BwPI 97) erhebliche Aufrüstungsanstrengungen gestartet und mit dem Kabinettsbeschluss vom 14. Juni 2000 zur Umstrukturierung der Bundeswehr „von Grund auf“⁵ Weichenstellungen vollzogen worden, die die Bundeswehr mittel- bis langfristig durch den Aufbau der 150.000 Mann starken „Einsatzkräfte“ bis 2006 strukturell angriffsfähig und damit weltweit interventionsfähig machen soll. Sie soll befähigt werden, neben kleinen Operation gleichzeitig „mittlere Operationen“ mit je 10.000 Soldaten oder eine „große Operation“ mit 50.000 Mann durchzuführen.

Kostspielige Aufrüstung der „Einsatzkräfte“

Generalinspekteur Kujat hat im März 2001 ein Material- und Ausrüstungskonzept (MatKonz)⁶ erlassen, das im wesentlichen eine Prioritätenliste zukünftiger für die Bundeswehr zu beschaffender 213 Waffensysteme und Ausrüstungen ist, und als Grundlage für die jährliche Rüstungsplanung gilt. Leider enthält diese Liste weder Anzahl noch Preise. DER SPIEGEL nannte Ende September 2002 einen Schätzwert von „gut 110 Milliarden Euro“, den diese Aspirationen „verteilt

ongelder im Einzelplan 33 machen ca. 3,25 Mrd. Euro aus (ami 11/02, S. 38, Anm. 10)

⁴ vgl. Tobias Pflüger, Die neue Bundeswehr, Köln 1997, 119 Seiten, im weiteren: Pflüger

⁵ Die Bundeswehr sicher ins 21. Jahrhundert - Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf. Hrsg. Bundesministerium der Verteidigung vom 1. Juni 2000, 44 Seiten (www.bundeswehr.de) Auszüge: in Blätter 7'00, S. 891 bis 896, hier Punkt 54, S. 894, im weiteren: Eckpfeiler

⁶ <http://www.bundeswehr.de/pic/pdf/reform/matausrkonzept.pdf>, 70 Seiten, Anlagen 1-5, außer Anlage 4. Sie enthält die Priorisierung.

über etwa 10 Jahre“⁷ verschlingen würden.

Angesichts der Einleitung eines Defizitverfahrens aus Brüssel in einer konjunkturellen Dauerkrise scheinen dies schwer zu realisierende Wünsche von Militärs und Rüstungsindustrie. BDI-Präsident Rogowski ließ es sich nicht nehmen, kurz vor der Bundestagswahl entsprechenden Druck zu machen. In Zukunft müssten „nach Auffassung des BDI jährlich etwa drei Milliarden Euro zusätzlich ausgegeben werden, um die Bundeswehr mit einer Ausrüstung zu versehen, die den politischen und militärischen Anforderungen genügt.“⁸ Die Regierung sitzt bei der Ausrüstung der Bundeswehr zur globalen Interventionsfähigkeit in der Zwickmühle. Einerseits ihr erklärtes Ziel, die Neuverschuldung des Bundes bis 2006 auf Null zu bringen, andererseits dem Druck der nationalen Rüstungsindustrie, der NATO und des eigenen Militärs sowie den „Vorturnern“ USA und Frankreich zu widerstehen, die ihre Rüstungshaushalte, wenn auch abgestuft, drastisch erhöhen.

Die Reaktion: Rot-Grün überprüft zunächst zwei Entscheidungen:

1. die Überprüfung sämtlicher Beschaffungsvorhaben durch Generalinspekteur Schneiderhan⁹ hat Anfang Dezember 2002 schon ein erstes Ergebnis gezeitigt¹⁰: a) Verteidigungsminister Struck verkündete konkrete Kürzungen bei Beschaffungen von AIRBUS und EUROFIGHTER-Bewaffnung, b) für das Frühjahr 2003 sollen darüber hinaus gehende „Handlungsoptionen weiter verfolgt und ausgeplant werden“.

⁷ DER SPIEGEL 40/2002, 30.9.02 S. 28

⁸ FAZ 5.9.02, BDI: Rüstung darf kein Stiefkind sein.

⁹

<http://geopowers.com/Machte/Deutschland/Rustung/RU-Grundsatz/ru-grundsatz.html> (Eintrag 2. Dezember 2002)

¹⁰ Pressemitteilung von Verteidigungsminister Struck am 5.12.02, www.Friedensratschlag.de

Ziel ist es, „bis zum Jahr 2006 Einsparungen in Höhe von knapp sechs Milliarden Euro vorzunehmen.“¹¹

2. bis Mitte 2006 soll überprüft werden, „ob weitere Strukturanpassungen oder Änderungen der Wehrverfassung notwendig sind.“¹² „Richtschnur“ sind die Ergebnisse der Weizsäcker-Kommission. Die hatte bekanntlich einen sogenannten Auswahl-Wehrdienst empfohlen, der 10 Monate dauern sollte, aber nur 30.000 Grundwehrdienstleistende (GWDL), davon 5.000 Freiwillig-Längerdienende (FWLD)¹³ umfassen soll. Dies würde letztlich (also 2010) eine Absenkung der Soldatenzahl von 285.000 auf 240.000 bedeuten.

Der Bundeswehrplan 2002

Anfang 2002 hat das Verteidigungsministerium (BMVg) den Bundeswehrplan 2002¹⁴ (BwPI 02) herausgegeben, der, wie die Pläne von 1997 und 1999, Auskünfte über die zu erwartenden Kosten für etwa 30 sogenannte Wesentliche Großvorhaben (WGV) gibt. Jährliche Eurobeträge von 2002 bis 2014 und summarisch ab 2015 geben einen konkreten Einblick in die Ausgaben für Beschaffungen neuer Waffen und Ausrüstungen und die Kosten für deren FEE.

¹¹ FAZ 30.11.02, Bundeswehr wird nur 60 Militärtransport bestellen.

¹² Koalitionsvereinbarung 2002-2006, www.Bundesregierung.de, 88 Seiten, S. 76

¹³ Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr – Ein Bericht an die Bundesregierung, 23. Mai 2000, 179 Seiten, S. 70

¹⁴

http://www.geopowers.com/Machte/Deutschland/Rustung/Rustung_2002/rustung_2002.html (Eintrag unter 20. März 2002)

Tabelle 1

Ausgaben für 30 „Wesentliche Großvorhaben“ in den Bundeswehrplänen 1997 und 2002 –
Angaben in Mio. Euro

	Anzahl	Auslieferung	Bw PI97 1997 bis 2009	BwPI02 2002 bis 2014	BwPI02 nach 2014
Satellitenkommunikation Bundeswehr (SATCOMBW)		2006-2007	1.771,1	843,2	531,7
Operative Abbildende Aufklärung (AGS)			328,4	306,8	0
Operative Signalerfassende Aufklärung (BR 1150 SIGINT, NDV)			177,7	455,8	0
NATO Frühwarnsystem (AWACS)			343,4	170,7	0
Neuer Transporthubschrauber (NH 90/MH 90)	243	ab 2004	6.143,4	5.341,0	723,0
Feldlager/Lazarett			1.680,4	762,7	0
Neues Transportfahrzeug mit modernem Umschlagsystem			764,3	402,5	0
Abwärtendesystem Heer (FmSysH)			2.838,0	0	0
Führungsinformationssystem Heer (FüInfoSysH)			2.244,6	0	0
Panzerhaubitze 2000 (PzH 2000)	185 (+ 409)	1998 bis 2002	3.183,6	231,6	0
Suchzündermunition Artillerie (SMART 155mm)		1998 bis 2002	558,0	170,2	0
Kleinfluggerät Zielortung (KZO)	6	2003 - 2006	551,7	286,3	0
Gepanzertes Transport-KFz (GTK, BOXER)	200 + 2800	2006 –2008 (200 Ex.)	3.164,4	2.205,8	2.557,0
Kampfhubschrauber (UHU/TIGER)	80 (+32 + 100)	2002 bis 2009	6.916,5	3.396,5	0
Panzerabwehrraketensystem Lange Reichweite (PARS 3LR)			952,7	569,8	237,7
Neue Gepanzerte Plattform (NGP)			140,0	0	0
Gepanzerte Fahrzeuge (IGEL)	410 + 3600	2007 bis 2012 (410 Ex.)	0	940,9	18.815,5
Eurofighter (EF 2000)	180	bis 2016	14.119,9	11.960,0	116,1
Luft/Luft-Rakete FMRAAM/AMRAAM (METEOR)			1.318,8	306,8	834,4
Luft/Luft-Rakete FSRAAM (IRIS-T)			634,0	584,9	0
Kampfwertanpassung Flugabwehrraketensystem (PATRIOT)			924,1	563,3	0
Taktisches Luftverteidigungssystem (MEADS)		ab 2010	3.178,2	1.838,6	807,8
Marschflugkörper (MAW TAURUS)	600	2004 - 2009	2.149,8	522,4	0

Strategisches Transportflugzeug (Airbus A 400 M)	73 (60?)	2008 - 2016	2.364,2	6.119,4	2.003,7
Langstreckenflugzeug Airbus A 310			236,2	0	0
Fregatten F 124/125	3 + 8	2003 – 2006, ab 2010	3.517,2	2.355,8	2.556,5
Korvetten K 130	5	2007- 2009	2.686,8	970,1	0
U-Boote U 212	4 + 4	Bis 2005, ab 2010	1.492,5	1.881,6	613,5
Seefernaufklärungsflugzeug MPA 2000			896,4	1.439,8	53,7
Einsatzgruppenversorger (EGV)	2 + 2	Bis 2002, ab 2010	297,8	307,2	51,1
Marinehubschrauber Sea Lynx 4. Los			127,8	0	0
Satellitenaufklärungssystem SAR Lupe	1	2006	0	349,3	0
Einsatztruppenunterstützungsschiff (ETrUS)	3	2007 - 2008	0	409,0	0
Lenkflugkörper Seeziel			0	214,7	502,6
Summe			65.701,9	45.906,7	30.404,3

Demnach sollen für 30 WGV von 2002 bis 2014 die Summe von 45,9 Mrd. Euro ausgegeben werden.

Strucks Reduzierungen sind Peanuts

Die von Verteidigungsminister Struck am 5.12.02 bekannt gegebenen konkreten Kürzungen sind als marginal zu werten:

Die Anzahl der Kurzstreckenraketen IRIS-T für die EUROFIGHTER, über deren Beschaffung im Frühjahr 2003 entschieden werden soll, wird von 1.812 auf 1.250 reduziert. Die Kosten verringern sich voraussichtlich entsprechend von 585 auf 400 Mio. Euro. Über den Ankauf von Raketen Mittlerer Reichweite METEOR für die EUROFIGHTER ist noch nicht entschieden. Allerdings soll auch ihre geplante Anzahl reduziert werden: Statt 1.488 sollen 600 METEOR bestellt werden. Ihre Kosten dürften sich von 1,14 Mrd. Euro auf schätzungsweise 460 Mio. Euro verringern. Insgesamt ergibt sich bei Luft-Luft-Raketen ein Einspareffekt, der bei 860 Mio. Euro liegen dürfte, wobei der Hauptbetrag erst nach 2010 wirksam wird. Etwa 180 Mio. Euro davon würden auf die vier Jahre bis 2006 entfallen. Die

zweite konkrete Kürzungsentscheidung Strucks betrifft den Military AIRBUS A 400 M. Anstatt den unter Scharping international vereinbarten 73 sollen definitiv 60 dieser „Kampfzonentransporter“ angeschafft werden. Sie würden etwa 7,9 Mrd. Euro kosten. Bisher hat der Bundestag erst 5,1 Mrd. Euro bewilligt. Im BwPI 02 sind allerdings ca. 8,1 Mrd. Euro vorgesehen. Diese hätten für 73 AIRBUSSE nicht ausgereicht. Für sie wären 9,35 Mrd. Euro aufzubringen gewesen. Die Senkung der AIRBUS-Zahl ergibt lediglich eine buchhalterische Ersparnis von etwa 150 Mio. Euro bis 2016. Insgesamt verringern sich die Ausgaben des BWPI 02 in Höhe von 45,9 Mrd. somit um etwa 1 Mrd. auf 44,9 Mrd. Euro. Bis 2006 würden nur etwa 200 Mio. von den anvisierten knapp 6 Mrd. Euro durch diese Beschlüsse eingespart werden.

Offensichtlich konnte sich der Minister (noch?) nicht allen Kürzungsvorschlägen seines Generalinspektors anschließen. Schneiderhans wichtigste – über den Beschluss Strucks hinaus gehende – Kürzungsvorschläge bei Beschaffungen, die

der SPIEGEL¹⁵ als „drastisch“ charakterisierte, betreffen die Kampfhubschrauber TIGER (80 statt 212), die Transporthubschrauber NH-90 (Streckung der Vorhaben), die Anzahl der Fregatten (12 statt 16 Fregatten etwa im Jahr 2015), die U-Boote Typ 212 (8 statt 12) und es soll bei fünf Korvetten K 130 bleiben. Bei der Reduzierung der Betriebskosten geht es Schneiderhan um die schnellere Auflösung der Schnellboot-Geschwader, des Flugabwehrsystems HAWK und der Transporthubschrauber UH1D sowie die Außerdienststellung eines ganzen Luftwaffengeschwaders. Struck hat sich in seinem Beschluss am 5.12.02 nur teilweise diesen Vorschlägen angeschlossen. Es wurden Prüfberichte bis zum Frühjahr 2003 angefordert. Sie betreffen alle von Schneiderhan vorgeschlagenen Bereiche – mit Ausnahme der Anzahlen von Fregatten, Korvetten und U-Booten (!). Allerdings soll die Anzahl der zu beschaffenden Gepanzerten Transportkraftfahrzeuge (GTK) zusätzlich untersucht werden. Für das Frühjahr 2003 ist also mit einem weiteren Eingriff in die Beschaffungsvorhaben zu rechnen. Selbst wenn Schneiderhans Gesamtkatalog umgesetzt würde, wäre die Summe bis 2006 allerdings geringer als die als Ziel verkündeten 6 Mrd. Euro.

Lücken in Bundeswehrplänen

Wenden wir uns noch einmal der Tabelle 1 zu, in der die Gesamtsumme für Beschaffungen des BwPI 02 (2002 bis 2014) in Höhe von 45,9 Mrd. Euro (reduziert 44,9 Mrd. Euro) bedeutend unter der des Bundeswehrplans 1997 liegt, der für den 13-Jahres-Zeitraum von 1997 bis 2009 für 30 Großvorhaben eine Gesamtsumme von 65,7 Mrd. Euro (128,5 Mrd. DM¹⁶) veranschlagte. Wie ist diese Reduzierung von mehr als 20 Mrd. Euro im vergleichbaren Zeitraum von jeweils 13 Jahren zu erklären? Die Reduktion erscheint umso

erstaunlicher als neue Waffen und Ausrüstungen dazugekommen sind: das Aufklärungssatellitensystem SAR Lupe (349,3 Mio. Euro), die Einsatztruppenunterstützungsschiffe (ETrUS, 409 Mio. Euro), Lenkflugkörper Seeziel (214,7 Mio. Euro) und ein weiteres Los von Einsatzgruppenversorgern (EGV, 358 Mio. Euro).

Vergleichen wir einige der herausragenden Unterschiede der Pläne 1997 und 2002.

- Zunächst fällt auf, dass Ausgaben für das Fernmelde- und Führungsinformationssystem Heer, die noch im BwPI97 mit zusammen 5,2 Mrd. Euro zu Buche schlugen auf wunderbare Weise aus den Planungen verschwunden sind, obwohl insbesondere die IT-Technologie für die Führung der „Einsatzkräfte“ noch nicht hergestellt ist. Der Grund: Die nationale und internationale Vernetzung der Teilstreitkräfte wird über Pilotprojekte mit der Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Vernetzungsprojekt HERKULES verwirklicht. Insider vermissen, dass Kosten von mindestens 600 Mio. Euro jährlich über einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren nicht berücksichtigt sind.
- Der Bedarf des Heeres nach insgesamt 594 Panzerhaubitzen 2000, wie er noch im BwPI97 zu Grunde gelegt wurde, findet seit dem BwPI99 keine Berücksichtigung. Das führt zu Minderausgaben von rund 3 Mrd. Euro.
- Die Planung von 212 Kampfhubschraubern TIGER des BwPI97 ist nicht im BwPI02 zu finden. Die zur Zeit im Plan dargestellten Gelder lassen lediglich die Beschaffung von ca.112 TIGERN zu. Somit ist die von Schneiderhan vorgeschlagene Kürzung von 212 auf 80 TIGER zum größten Teil schon zuvor leise vollzogen worden. Die Produktion von 100 TIGERN wür-

¹⁵

<http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/0,158,225046.html> (DER SPIEGEL, 49/2002, 29.11.02)

¹⁶ Pflüger S. 86

de etwa 3,3 Mrd. Euro zusätzlich verschlingen. Nach dem derzeitigen Stand der Diskussion wird es bei der Produktion von 80 dieser High-Tech-Kampfhubschrauber bleiben, was den derzeitigen Ansatz bis 2014 um etwa 1 Mrd. Euro entlasten würde.

- Unklar ist der Status des neuen Schützenpanzers IGEL im Verhältnis zum Projekt der „Gepanzerten Fahrzeuge“. Vom IGEL sollen 410 Stück (davon 390 von 2007 bis 2012) zum Preis von rund 2 Mrd. Euro¹⁷ beschafft werden. Für „Gepanzerte Fahrzeuge“ sind bis 2014 allerdings nur rund 940 Mio. Euro angesetzt. In der Produktionsphase ab 2015 jedoch schlagen sie mit rund 18,8 Mrd. Euro als „Neue Gepanzerte Plattform“ zu Buche. Vermutlich wird sich die projektierte Stückzahl für die „Gepanzerten Fahrzeuge“ um die Zahl der IGEL reduzieren, so dass die Gesamtsumme in etwa erhalten bleibt. Lediglich die Mehrkosten der Beschaffung bis 2012 von ca. 1 Mrd. Euro wird von der Zeit nach 2014 in die Zeit vor 2012 verlagert werden.
- Die Kosten für den EUROFIGHTER sind im BwPI02 mit rund 12 Mrd. Euro eingeplant. Der Bundesrechnungshof (BRH) hatte bereits im Jahr 1998 den Gesamtpreis als zu niedrig kalkuliert eingestuft. Er geht von Gesamtkosten in Höhe von 21,2 Mrd. Euro (41,5 Mrd. DM¹⁸) aus. Davon sind seit 1997 etwa 6,2 Mrd. Euro verbaut worden, bleiben noch 15 Mrd. Euro, die zu verbauen sind. Also eine Lücke von 3 Mrd. Euro, die im BwPI02 beim EUROFIGHTER klaffen.

- Das sich in der Entwicklung befindliche taktische Luftverteidigungssystem MEADS ist als Ersatz für das bodengestützte System der HAWK-Abwehrraketen gedacht. Aus einem anfänglichen transatlantischen Kooperationsprojekt, an dem sich neben den USA Deutschland, Frankreich und Italien beteiligten, ist durch den Einbezug des amerikanischen PATRIOT-PAC-3 Raketenabwehrsystems ein von den USA dominiertes Projekt geworden, an dem sich Frankreich nicht mehr beteiligt. MEADS eignet sich nicht zur Landesverteidigung¹⁹. Hauptbestimmung von MEADS sind „Out-of-area“-Einsätze. Es soll vor Angriffen mit ballistischen Raketen bis zu einer Reichweite von 1000 km schützen sowie Marschflugkörper, Drohnen und konventionelles Fluggerät vom Himmel holen können. Über die Kosten des MEADS-Projekts für die Bundesrepublik existieren nur Schätzungen, die zwischen 20²⁰ und 30 Mrd. DM²¹ liegen. Dieses öffentlich kaum wahrgenommene Vorhaben ist in seiner finanziellen Dimension nur mit dem EUROFIGHTER vergleichbar. Nach derzeitigen Schätzungen wird es zu einer Auslieferung des

¹⁹ Tobias Kahler, Die verunsicherte Gemeinschaft – Probleme transatlantischer Rüstungskoope-
ration am Beispiel des MEADS, Diplomarbeit, Mai
2001, 96 Seiten, .S. 52;

<http://www.hsfk.de/abm/uniform/pdf/kahler.pdf>;
im weiteren: Kahler

²⁰ Die Welt 18.6.2001, Hans-Jürgen Leersch /

²¹ DER SPIEGEL 17.4. 2000, S. 42, Angriffe aus
Schurken-Staaten. Der Autor Alexander Szandar
geht von 25 Mrd. DM Kosten nur für Deutschland
aus. Brigadegeneral a.D. Hermann Hagen, ehe-
maliger Angehöriger der Führungsstäbe von Luft-
waffe und Streitkräfte, resümiert in einer Studie für
die Stiftung Wissenschaft und Politik: Für
Deutschland dürften sich die PAC-3 und Meads
im bislang geplanten Umfang auf mindestens 25
bis 30 Mrd. DM addieren.“ Europäische Sicherheit
7/00 <http://www.gfw-sicherheitspolitik.de/ES00-07HagenNMD.html>

¹⁷ FAZ 13.9.02, „Igel“ statt „Panther“

¹⁸ anti-militarismus-information (ami) 10/99, S. 32;
im weiteren: ami

Systems nicht vor 2010 kommen²². Nicht nur wegen der erheblichen Kosten, sondern auch wegen der restriktiven US-Technologie-transferpolitik steht die deutsche Teilnahme allerdings vor dem Aus. Dieses Aus muss nicht bedeuten, dass es keine Aspirationen gibt, sich bei weltweiten Militäreinsätzen nicht vor Flugkörpern aller Art schützen zu wollen. Möglich wäre auch eine deutsche Beteiligung an der französisch-italienischen Flugabwehrentwicklung ASTER.

- Die Kostenreduktion für die Marschflugkörper der Luftwaffe, MAW TAURUS, (MAW = Modulare Abstandswaffe) von 2,15 Mrd. Euro auf 570 Mio. Euro ist auf eine preiswertere aber effektivere Modelländerung und eine vorläufige Halbierung der Beschaffungszahlen auf 600 zurückzuführen. Diese Angriffswaffe, die von TORNADO und EUROFIGHTER aus 350 km Entfernung abgeschossen, noch vier Meter dicken Beton durchschlagen kann, ist von regional-strategischer Bedeutung. Bei Bedarf ist mit einem Rückgriff auf den ursprünglichen Produktionsplan, also 1.200 TAURUS zu rechnen.
- Die im BwPI02 eingesetzten Kosten für die acht Fregatten F 125 (sie werden bei Blohm+Voss unter dem Namen SEAHORSE oder MEKO X-Fregatte schon im Modell angepriesen, 8.000t Verdrängung, zum Vergleich F 124: 5.600 t, Funktionen u.a.: „amphibische Landeoperationen durch Landzielbeschuss unterstützen“²³, Abwehr ballistischer Flugkörper), die ab 2008 im BwPI02 mit 4,2 Mrd. Euro stehen, sind preislich zu niedrig angesetzt. Sie lägen so noch unter

dem Stückpreisen der bisher kostspieligsten deutschen Kriegswaffe, den 3 F 124-Fregatten. Hier müssen mindestens 2 Mrd. Euro mehr veranschlagt werden. Möglicherweise ist dieser Wert noch bedeutend zu niedrig angesetzt, denn die Elemente für eine ballistische Flugabwehr sind noch nicht entwickelt. Die von Schneiderhan Ende November 2002 vorgeschlagene Reduzierung der Anzahl der Fregatten um vier Exemplare würde die acht F 125 als Ersatz für die zur Zeit im Dienst befindlichen acht F 122 betreffen.

- Die Korvetten K 130, von denen bis 2009 fünf hergestellt werden, sind für die globale maritime Machtprojektion deshalb von so großer Bedeutung, weil sie speziell für den Einsatz von See an Land konzipiert sind. Zusammen mit der Fregatte wäre der Verbund des Hochseekrieges in die Küste hinein möglich. Dazu dienen Marschflugkörper auf der Korvette mit Reichweiten von bis zu 400 km und Präzisionsflugkörper, wie das manuell lenkbare POLYPHEM mit einer Reichweite bis 100 km. Im BwPI02 sind nur diese fünf Korvetten vorgesehen. Dies macht für die interventionistische Neuausrichtung der Deutschen Marine wenig Sinn, zumal sich die Marine für seine Zielstruktur 15 Korvetten wünscht. Die Beschaffung von 10 Korvetten ist umstritten, eine Prognose derzeit unmöglich. 10 Korvetten würden Mehrkosten von mindestens 2,8 Mrd. Euro verursachen.

Zusammengefasst, welche Mehrkosten für die Großvorhaben im Vergleich zum BwPI02 sind zu erwarten?

²² Kahler S. 67

²³ Dieter Stockfisch, MECON 2002 – Perspektiven und Entwicklungen im Marineschiffbau, Soldat und Technik 11/2002, S. 47

Tabelle 2

Mehrkosten der projektierten Großvorhaben – Angaben in Mrd. Euro

	Schätzung bis 2014	Schätzung ab 2015
HERKULES	6	0
Fregatten F 125	1	1
MEADS	4	5
EUROFIGHTER (EF 2000)	3	0
Schützenpanzer IGEL	1	0
Korvetten K 130	1,4	1,4
Summe	16,4	7,4

Tabelle 3

Mehrkosten bei wenig wahrscheinlichen Großvorhaben – Angaben in Mrd. Euro

	Mehrkosten Schätzung bis 2014	Mehrkosten Schätzung ab 2015
409 PzH 2000	1,5	1,5
600 TAURUS	0,3	0,3
100 TIGER	0,3	3,0
Summe	2,1	4,8

Die Verteilung der grob geschätzten Summen auf die Zeiträume (vor und nach 2014) in beiden Tabellen ist spekulativ. Die Mehrkosten in Tabelle 3 bis 2014 würden im Zeitraum ab 2010 anfallen, was rund 700 Mio. Euro jährlich ausmachen würde. Wir lassen jedoch diese Erkenntnis zunächst unberücksichtigt und greifen sie am Schluss bei der Bestimmung des Bundeswehrhaushalts wieder auf.

Entwicklung der Kosten für neue Waffen und Ausrüstungen

Addieren wir zur Summe der Kosten für die Großvorhaben bis 2014 aus dem BWPI02 (44,9 Mrd. Euro, reduziert; Tabelle 1, Spalte 5) die bisher nicht ausgeschlossenen Mehrkosten von 16,4 Mrd. Euro (Tabelle 2, linke Spalte), so ergibt sich in den kommenden 13 Jahren eine Summe von 61,3 Mrd. Euro. Legen wir die realistische Annahme zu Grunde, die Großvorhaben verschlingen zwei Drittel der Kosten²⁴ für sämtliche Militärischen Beschaffungen inkl. FEE, dann ergibt sich dafür eine Summe von 92 Mrd. Euro bis

2014. Berücksichtigen wir die Summe für Großvorhaben im BwPI02 nach 2015, nämlich 30,4 Mrd. Euro (Tabelle 1, Spalte 6), und verwerten sie als zwei Drittel der Kosten für alle neuen Waffen, so ergibt sich nach 2014 noch einmal eine Summe von 45,6 Mrd. Euro zusätzlich. Die Addition der Summen für die Zeit nach 2015 aus den Tabellen 2 und 3 (7,4 Mrd. Euro + 4,8 Mrd. Euro) lässt die astronomische Summe von rund 150 Mrd. Euro nur für neue Waffen und Ausrüstungen erwarten. Dieser Betrag deckt sich übrigens in Etwa mit einer Schätzung „unabhängiger Experten“, die sich Lutz Unterseher in einem Beitrag für die Blätter für deutsche und internationale Politik im Dezember 2001 zu Eigen macht. „Unter vorsichtiger Berücksichtigung militärentypischer Kostensteigerungsraten“ kämen diese auf einen Betrag von „ungefähr 300 Mrd. DM“ für das „auf etwa 20 Jahre angelegte Konzept“²⁵. Soweit geht der Bundesrechnungshof (BRH) nicht.

²⁴ Pflüger S. 88

²⁵ Lutz Unterseher, Die Mär von der unterfinanzierten Bundeswehr, Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2001, S. 1463 bis 1472, S. 1468

Tabelle 4
Jährliche Kosten

Spalte 1: BwPI02: Großvorhaben²⁶ / Spalte 2: Bundesrechnungshof²⁷ Militärische Beschaffungen (inkl. FEE) ohne Großvorhaben / Spalte 3: Gesamtsumme der Militärischen Beschaffungen (inkl. FEE) – Angaben in Mio. Euro

Jahr	BwPI02 Großvorhaben (WGV) in Mio. Euro	BRH Sonstige Militärische Be- schaffungen (inkl. FEE)	BRH Summe Militärische Be- schaffungen (inkl. FEE)
2002	2.593	1.726	5.500
2003	2.717	2.342	5.550
2004	2.962	2.342	5.840
2005	2.991	2.800	6.450
2006	3.515	2.800	7.030
2007	3.757	2.800	7.140
2008	3.559	2.800	6.700
2009	3.779	2.800	7.150
2010	4.628	2.800	7.810
2011	4.119	2.800	7.400
2012	4.031	2.800	7.400
2013	3.899	2.800	7.110
2014	3.344	2.800	6.490
Summe	45.894		87.570
ab 2015	30.402		

Die Summe des Bundesrechnungshofs von 87,5 Mrd. Euro für neue Waffen bis 2014 reflektiert den Preisstand vom Dezember 2001. Die nominalen Kosten werden freilich höher liegen. Der ehemalige Generalinspekteur Kirchbach ging von einer Inflation bei Investitionsgütern von 2 – 6 % im Jahr aus²⁸. Dazu addieren sich Gehalt- und Solderhöhungen. Der Einfachheit halber lassen wir zunächst Inflation und Personalkostenanpassungen unberücksichtigt.

87,5 Mrd. Euro für neue Waffen und Ausrüstungen verteilt auf 13 Jahre bedeuten einen Durchschnittswert von 6,73 Mrd. Euro jährlich. Im Jahr 2002 liegt dieser Ansatz bei knapp 4,4 Mrd. Euro. Im Jahr 2003 sind dafür im EP 14 knapp 5,1 Mrd. Euro eingeplant. Die Aufstellung des BRH zeigt, dass die jährlichen Ausgaben für Beschaffungen + FEE um 2010 auf knapp 8 Mrd. Euro (genau 7,81 Mrd. Euro) steigen müssen, um die Aufrüstung bezahlen zu können. Das wäre eine Steigerung von 78 Prozent gegenüber 2002

²⁶ http://www.geopowers.com/Machte/Deutschland/Rustung/Rustung_2002/rustung_2002.html (Eintrag unter 20. März 2002)

²⁷ Die Spalte stellt eine Übertragung der Werte aus einem Diagramm dar, das als Anlage 2 einem Bericht des Bundesrechnungshofs an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages (Drucksache 3535) am 5.3.02 beigefügt war: Wesentliche Großvorhaben (Entwicklung und Beschaffung) und Sonstige Militärische Beschaffungen der Bundeswehr – Datenwerk zum Bundeswehrplan 2002, Preisstand 12/2001 <http://geopowers.com/Machte/Deutschland/Rustung/Bw-Großvorhaben.pdf> (Eintrag unter 20. März 2002).

²⁸ Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte, 23.5.2000, 56 Seiten, S. 45

Ist der Mehrbedarf finanziert?

Um zu ermitteln, ob oder in wie weit es zu einem Anwachsen des EP 14 insgesamt bis 2014 kommt, sind die von der Regierung beabsichtigten Einspareffekte zu berücksichtigen. Zunächst ist jedoch festzustellen, welcher summierte Mehrbedarf sich aus den Aspirationen der Aufrüstung von 2002 bis 2014 ergeben wird.

Gehen wir von der Summe für Militärische Beschaffungen und FEE aus dem Haushaltsansatz des Jahres 2002 aus (4.386 Mio. Euro²⁹) und schreiben die Summe – rein theoretisch – bis 2014 fort, ergäbe sich eine Gesamtsumme von 13 x 4.386 Mio. Euro = 57,02 Mrd.. Euro. Verglichen mit unserer Prognose von 92 Mrd. Euro ergibt sich bis 2014 ein Mehrbedarf von 35 Mrd. Euro.

A) Einsparungen

1.) Einsparungen durch „Effizienzgewinne“

Laut „Ressortvereinbarung“³⁰ vom 13. März 2001 dürfen „Effizienzgewinne“ (Pkt. 1) und Gewinne aus neuen Finanzierungsarten, wie „leasen statt kaufen“ (Pkt. 3) zu 100% im EP 14 bleiben. Diese Beträge werden über Firmen erzielt, die die bundeseigene „Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb“ (GEBB) mit Privatunternehmen gemeinschaftlich betreibt. Das geschieht im Bekleidungswesen, bei der Liegenschaftsverwaltung, der Informationstechnik und bei der Ausstattung und dem Betrieb von Kraftfahrzeugen, dem sogenannten Flottenmanagement.

Für diese Einsparungen der einzelnen Sparten gibt es Aussagen von offizieller Seite.

²⁹ Soldat und Technik Januar 2002, S. 17: FEE: 851,2 Mio. Euro, Militärische Beschaffungen 3.534,5 Mio. Euro.

³⁰ Ressortvereinbarung, www.Bundeswehr.de, Stand 13. März 2001

- Bekleidungswesen: Laut Finanzministerium soll der Bundesetat bis 2014 mit rund 718 Mio. Euro entlastet werden³¹. (Tab. 5/Zeile 1)
- Liegenschaftsverwaltung: Bis 2011 wird mit einer Entlastung des Verteidigungshaushalts in Höhe von 750 Millionen Euro gerechnet.³² (Tab. 5/Zeile 2)
- Informationstechnik: Scharping sieht in der Informationstechnologie Einsparpotenziale. In den kommenden 10 Jahren würden hier an reinen Kommunikationskosten ein Betrag von 10 bis 11 Milliarden DM in den Betriebskosten veranschlagt. „Wer mit Unternehmen aus diesem Sektor spricht, weiß,“ so Scharping, „welche Rationalisierungspotenziale hier liegen. Uns liegen Angebote auf dem Tisch, die in die Richtung von mindestens 2,5 Milliarden DM senkbarer Betriebskosten gehen.“³³

Dies würde eine jährliche durchschnittliche Einsparung von 125 Mio. Euro bis 2010 bedeuten. (Vgl. Tab.5/Zeile 3)
- „Flottenmanagement“: „Modellrechnungen des Finanzministeriums ergaben bei einem Wirtschaftlichkeitsvergleich, dass bis zum Jahr 2011 mit Einsparungen von 1,18 Milliarden Euro gerechnet werden darf.“³⁴ (Tab. 5/Zeile 4)

³¹ Das Parlament 1.7.02, Bekleidungsmanagement der Bundeswehr geht an eine private Gesellschaft

³² FAZ 1.3.02, Die Bundeswehr will frei gewordene Areale vermarkten

³³ Bundestag 12.10.00, in: Das Parlament 20.10.00, S.8

³⁴ FAZ 11.6.02 Sparen mit Mietwagen

2.) Einsparung durch Reduzierung des Personals

a) Militärpersonal

Die Grobausplanung der Neuausrichtung der Bundeswehr³⁵ sieht auch einen beträchtlichen Abbau des militärischen Personals von 310.200 im Jahr 2001 auf 282.000 im Jahr 2010 vor. Das BMVg errechnet für diese Dekade eine Gesamteinsparung an militärischen Personalkosten von 1,409 Mrd. Euro (2,757 Milliarden DM). Jedoch sollen diese Einsparungen nicht für neue Waffen und Ausrüstungen ausgegeben werden, sondern „werden vollständig zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften eingesetzt.“ Das jährliche Finanzvolumen für dieses Maßnahmenbündel wird offiziell mit 150 – 300 Mio. Euro beziffert. Es soll zur Attraktivitätssteigerung über 10 Jahre eingesetzt werden. Das ergäbe einen Betrag zwischen 1,5 und 3 Mrd. Euro, für die die Einsparung an Personalkosten nicht ausreichen wird. Entweder es wird am Attraktivitätsprogramm gestrichen oder Geld muss woanders hergenommen werden, was Zusatzkosten von bis zu 1,6 Mrd. Euro bis 2010 bedeuten würde. Wir lassen die Einsparungen, die durch den Abbau des militärischen Personals erfolgen, unberücksichtigt, sollen sie doch wieder für Werbemaßnahmen ausgegeben werden.

Allerdings ist die Verwendung der Mittel, die für Personalausgaben deklariert sind, zum Teil recht undurchsichtig. Da die Zahl des Militärpersonals 2003 mit etwa 285.000 um ca. 5.000 unter der für die Zuteilung der Personalmittel angegebenen Personalstärke liegen wird, werden die eingesparten rund 150 Mio. Euro „Überschüsse“ flexibel eingesetzt. Ähnliche „Flexibilität“ scheint bei der Verwendung von Geldern für das Personal im Auslandseinsatz an den Tag gelegt zu

³⁵ Bundesminister der Verteidigung, Neuausrichtung der Bundeswehr – Grobausplanung Ergebnisse und Entscheidung, 9/2000, 41 Seiten, S. 30, im weiteren: Grobausplanung

werden. „Systematisch werden über die Hälfte dieser Zusatzmittel für Auslandseinsätze für Sachmittel ausgegeben.“³⁶ Das sind immerhin 350 bis 400 Mio. Euro, die anstatt für Personal für neue Waffen ausgegeben werden. Somit ist davon auszugehen, dass etwa 500 Mio. Euro mehr für Militärische Beschaffungen ausgegeben werden, ohne dass dies offiziell ausgewiesen wird. Dieses Faktum wirkt sich allerdings nicht auf die Höhe des Einzelplans 14 oder auf den Bereich „Beschaffungen“ aus.

b) Zivilpersonal

Die Bundeswehrplanung sieht eine Reduktion des Zivilpersonals von gegenwärtig etwa 125.000 auf 80.000 bis 90.000 Personen von 2000 bis 2015 vor. Dies würde idealtypisch zu einem durchschnittlichen jährlichen Abbau von im Höchstfall 45.000: 15 = 3.000 Personen führen. Bei einem durchschnittlichen Einkommen von 35.790 Euro (70.000 DM)³⁷ pro Person ergäbe dies jährlich eine um 210 Mio. DM wachsende Einsparung. Also: 2001: 107,37 Mio. Euro (210 Mio. DM), 2002: 214,74 Mio. Euro (420 Mio. DM), 2003: 322,11 Mio. Euro (630 Mio. DM) usw. (Tab. 5/Zeile 5) daraus errechnet sich bis 2014 eine Gesamtersparnis von 9.768 Mio. Euro

3.) Einsparungen durch Reduzierung von Militärischem Gerät

Das Bundeskabinett hat am 14.6.2000 in Billigung des Eckpfeiler-Papiers³⁸ des Verteidigungsministers Reduzierungen der Waffensysteme und Ausrüstungen beschlossen, deren kostensenkende Auswirkungen sich auf den Ausgabenbereich „Materialerhalt und -betrieb“ (2002: 2.352 Mio. Euro) allerdings im Folgenden nur abschätzen lassen.

³⁶ ami 11/02, Militärausgaben 2003, S. 34-44, S. 37

³⁷ Wehrtechnischer Report 2/2000, Zukunft Bundeswehr, Bonn 2000, 60 Seiten, S. 28

³⁸ Eckpfeiler, S. 24

Folgende Reduzierungen sind geplant:

a) Bereich „Rad/Kette“: Haubitzen: - 25 %, Kampfpanzer - 35%, Schützenpanzer - 25%, Flugabwehrsysteme - 40%, Minenwerfer - 40%. Konkret sind dies etwa 2.050 von 10.500 Kettenfahrzeugen, wertgewichtet schätzungsweise 18 %. Die ca. 110.000 Radfahrzeuge sollen in den nächsten fünf Jahren um ca. 40 % verringert werden³⁹. Durch das Ausschöpfen von Rationalisierungspotenzialen „wird eine Reduzierung der Kosten um 30 % in den nächsten Jahren“⁴⁰ angestrebt. Ein Mix dieser beiden Kategorien lässt günstigstenfalls einen Reduzierungswert von schätzungsweise 25 % zu. Der Ansatz für „Rad/Kette“ liegt etwa bei 620 Mio. Euro. Die Reduzierung macht somit ab 2006 jährlich ca. 155 Mio. Euro aus.

b) Bereich „Schiffe/Boote“: Die Schnellboote und U-Boote sollen jeweils um 35% reduziert werden. Das sind 15 von insgesamt 136 schwimmenden Einheiten, was schätzungsweise zu einer Kostenreduzierung von 10 % führen könnte. Der Ansatz für „Schiffe/Boote“ liegt bei rund 200 Mio. Euro. Die Reduzierung wirkt sich somit jährlich mit 20 Mio. Euro aus.

c) Bereich „Luftfahrzeuge“: Hier sind Reduzierungen der Kampfhubschrauber um 45 %, der Kampfflugzeuge um 25% und der Marinehubschrauber um 15% be-

schlossen. Das sind 212 von insgesamt 1.375 fliegenden Einheiten, entsprechend etwa 15 %. Auf den Ansatz von etwa 870 Mio. Euro wirkt sich diese Reduzierung somit jährlich mit 130,5 Mio. Euro aus.

Zusammengefasst ergibt sich in im Bereich „Materialerhalt und -betrieb“ eine jährliche Ersparnis von 300 Mio. Euro, die wohl erst mit dem Abschluss der Reform im Jahr 2006 erreicht sein wird. Die Ersparnis würde bis dahin rechnerisch jährlich um 60 Mio. Euro wachsen. Also 2002: 60 Mio. Euro, 2003: 120 Mio. Euro, 2004: 180 Mio. Euro etc., ab 2006 dann fortgeschrieben 300 Euro DM betragen (Tab. 5/Zeile 6). Das ergäbe bis 2014 eine Gesamtersparnis von 3.300 Mio. Euro.

4) Einsparungen durch Standort-schließungen

Die Maßnahmen zur Standortschließung sollen im Jahr 2006 abgeschlossen sein. Ab dann beziffert Scharping die zusätzlichen Einsparungen der Betriebskosten auf jährlich mindestens 100 Mio. Euro (200 Mio. DM⁴¹). Idealtypisch ergäbe dies bis dahin jährlich eine um 20 Mio. Euro wachsende Ersparnis (Tab. 5/Zeile 7). Insgesamt würden bis 2014 dadurch 1.100 Mio. Euro eingespart.

Damit ergeben sich für die Jahre bis 2014 folgende Einsparungen, jeweils auf das Jahr 2001 bezogen:

Tabelle 5:

Einsparungen in Mio. Euro

Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
1 Bekleidungswesen	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55	55
2 Liegenschaftsverwaltung	75	75	75	75	75	75	75	75	75	75	75	75	75
3 Informationstechnik	0	125	125	125	125	125	125	125	125	125	125	125	125
4 Flottenmanagement	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118
5 Zivilpersonal	107	215	322	429	537	644	752	857	966	1074	1181	1288	1396
6 Reduzierungen	60	120	180	240	300	300	300	300	300	300	300	300	300
7 Standortschließungen	20	40	60	80	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Summe	435	748	935	1122	1310	1417	1525	1630	1739	1847	1954	2061	2169

³⁹ Bundesministerium der Verteidigung, Sachstand der Reform, 1. Juni 2001, 24 Seiten, S. 19, www.Bundeswehr.de im weiteren: Sachstand

⁴⁰ Sachstand S. 20

⁴¹ Bundestag 9.2.2001, in: Das Parlament 16.2.01, S. 13

Es ergibt sich bei voller Umsetzung der Erwartungen von 2002 bis 2014 eine Gesamtersparnis von 18.892 Mio. Euro.

B) Einnahmen

Nun zu der Einnahmenseite des Bundesverteidigungsministeriums.

„Für Investitionen in die Modernisierung der Bundeswehr (können) Mehreinnahmen bis zu einer Höhe von 614 Mio. Euro jährlich aus der Veräußerung überschüssigen Materials sowie aus Grundstücksverkäufen, Vermietung und Verpachtung eingesetzt werden“, heißt es in der Kabinettsvorlage zum Bundeshaushalt 2003. Hieraus ergäbe sich ein Gesamtbetrag bis 2014 von 614 Mio. Euro x 13 = 7.982 Mio. Euro.

Wie realistisch ist die Einwidmung dieser Gelder? Angesichts der alles andere als restriktiv zu nennenden Waffenexportpolitik der bisherigen Bundesregierungen ist zu befürchten, dass ausgediente Waffenbestände der Bundeswehr massiv exportiert werden. Bis 2015 werden unter anderem ca. 400 Flugzeuge, ca. 600 Hubschrauber, ca. 5.200 gepanzerte Kettenfahrzeuge, ca. 38.000 Radfahrzeuge, 14 U-Boote, 10 Fregatten und 28 Schnellboote ausgemustert werden. Grob geschätzt könnte der Erlös aus Waffenverkäufen bis zu 5 Mrd. Euro betragen.

Dem Verkauf oder der Vermietung und Verpachtung von Liegenschaften ist zwar bisher kaum Erfolg beschieden⁴², aber den Wert dieser Liegenschaften siedelte Scharping vor zwei Jahren „oberhalb von 20 Mrd. Mark“⁴³ an. Sie sollen bis zu 75 Prozent für Privatanleger geöffnet werden. Deshalb sind Einnahmen in Höhe von 614 Mio. Euro jährlich durchaus realistisch.

⁴² So erlöste das BMVg über den „Verkauf von Immobilien“ im Jahr 2001 (Stand Ende November) gerade mal 59 Mio. DM. (DER SPIEGEL 48/2001, 26.11.01, S. 34)

⁴³ Rudolf Scharping, Begrüßungsrede anlässlich der 2. Berliner Konferenz „Bundeswehr und Wirtschaft“ am 13.12.2000

Tabelle 6

Saldo: Mehrbedarf, Einsparungen, Einnahmen 2002 bis 2014 – Angaben in Mio. Euro

Mehrbedarf für Beschaffungen + FEE	35.000
Ersparnis	- 18.892
Einnahmen	- 7.982
Summe	8.126

Angesichts eines ungedeckten Mehrbedarfs von rund 8,1 Mrd. Euro verteilt auf 13 Jahre würde sich – ohne dass zu erwartende Preissteigerungen berücksichtigt sind – ein im Durchschnitt um 620 Mio. Euro erhöhter Verteidigungshaushalt ergeben. Also anstatt 24,4 Mrd. Euro ein Wert von durchschnittlich 25 Mrd. Euro. Das wäre ein Betrag, der kaum für Aufregung sorgen würde. Welche konkreten Entwicklungsvarianten des Einzelplans 14 sind zu erwarten?

Auf der Grundlage der Zahlen des Bundesrechnungshofs (Tabelle 4/Spalte 3) und der Annahme, dass die beabsichtigten Einsparungen aus Tabelle 5 voll (Variante 1 u. 2) bzw. halb (Varianten 3 u. 4) realisiert werden können, würde sich unter Anwendung von Inflationsausgleich und Sold-/Gehaltserhöhungen (entweder 1,5 oder 2 Prozent im Jahr) folgender Geldbedarf der Bundeswehr in den Jahren 2006, 2010 und 2014 abzeichnen.

Tabelle 7

Geldbedarf der Bundeswehr im Einzelplan 14 – Angaben in Mrd. Euro

		2006	2010	2014
Variante 1	Voller Einspareffekt; Inflation u. Sold je +2 % p.a.	27,3	30,0	31,2
Variante 2	Voller Einspareffekt; Inflation u. Sold je +1,5 % p.a..	27,1	29,2	29,7
Variante 3	Halber Einspareffekt; Inflation u. Sold je +2 % p.a.	27,7	30,8	32,1
Variante 4	Halber Einspareffekt; Inflation u. Sold je +1,5 % p.a.	27,4	30,2	30,9

Gerundet sind in den nächsten 13 Jahren folgende Werte zu erwarten: Der Geldbedarf der Bundeswehr würde sich von 24,4 über etwa 27,4 Mrd. Euro (2006) und 30 Mrd. Euro (2010) auf etwa 31,5 Mrd. Euro (2014) entwickeln. Zur teilweisen Begleichung dieses Bedarfs ist es dem Verteidigungsminister zumindest bis 2006 gestattet über den Verkauf und die Vermietung von Liegenschaften und den Waffenexport die Summe von 614 Mio. € zu erwirtschaften.

Würde diese Ermächtigung umgesetzt und über 2006 fortgeschrieben, würden sich die Ausgaben, die aus dem Einzelplan 14 gespeist werden, jeweils um diese Summe reduzieren. Somit stiege der Einzelplan 14 bis 2006 in der „preiswertesten“ Variante 2 von derzeit 24,4 auf etwa 26,5 Mrd. Euro und in der „kostspieligsten“ Variante 3 auf rund 27,1 Mrd. Euro. Unter der Voraussetzung, dass das deutsche Truppenengagement im Ausland bis 2006 auf dem Kostenniveau des Jahres 2002 bleibt, würde der Haushaltsansatz der Bundeswehr die Vorgaben der Mittelfristigen Finanzplanung sprengen. Er würde um 2,1 bis 2,7 Mrd. Euro überschritten.

Weitere Kosten treibende und Kosten mindernde Faktoren

A) Wehrpflicht entsprechend der Weizsäcker-Kommission

Die Umsetzung der Empfehlungen der Weizsäcker-Kommission bezüglich der Wehrpflicht würde zu Einsparungen führen.

Ein Wehrpflichtiger schlägt im Haushalt etwa mit 11.500 Euro im Jahr zu Buche. Der gültige Plan zur Umsetzung der Umstrukturierung der Bundeswehr sieht vor, dass die Zahl der Wehrdienstleistenden von derzeit etwa 105.000 (22.000 FWLD, 83.000 GWDL)⁴⁴ bis zum Jahr 2010 auf 80.000 (27.000 FWLD, 53.000 GWDL) sinkt. Die konsequente Umsetzung der Empfehlungen der Weizsäcker-Kommission würde die Endzahl um 50.000 Soldaten auf 30.000 Wehrpflichtige senken. Dies würde zu einer jährlichen Einsparung allein an Sold von etwa 11.500 Euro X 50.000 = 575 Mio. Euro führen. Um diesen Betrag würden die Ansätze für 2010 und 2014 in Tabelle 7 gesenkt werden, falls die Empfehlungen umgesetzt werden.

B) Steigerung der Auslandseinsätze

Erhebliche Mehrkosten würden allerdings durch Auslandseinsätze, dem Hauptzweck der Bundeswehr, hervorgerufen werden. Zurzeit verschlingen die knapp 9.000 Bundeswehrsoldaten im Ausland knapp 1,6 Mrd. Euro. Die Kapazität der sogenannten Einsatzkräfte ist damit vorerst ausgereizt. Bis 2006 soll ihre Verdreifachung erreicht sein. Würden alle „Einsatzkräfte“ im Ausland eingesetzt werden, würden sich die jährlichen Ausgaben dafür wohl auf rund 5 Mrd. Euro ausdehnen. Damit würde der EP 14 um ca. 3,3 Mrd. Euro aufgestockt werden müssen.

⁴⁴ Letzte verfügbare genaue Zahlen von 2/2002: Bundeswehr 2002 – Sachstand und Perspektiven, 66 Seiten, S. 29, www.Bundeswehr.de

C) Eventuelle weitere „Wesentliche Großvorhaben“

Würde nicht auf die Anschaffung der Großsysteme 100 TIGER, 409 Panzerhaubitzen 2000 und 600 TAURUS (Tabelle 3, linke Spalte) verzichtet, würden sich zwischen 2010 und 2014 jährliche Mehrausgaben in Höhe von rund 700 Mio. Euro ergeben.

Somit könnte der Geldbedarf der Bundeswehr in den Jahren 2010 und 2014 jeweils noch um bis zu 4 bzw. 3,4 Mrd. Euro (bei Reduzierung der Wehrpflichtigenzahl) ansteigen. Darüber lässt sich zur Zeit jedoch nur spekulieren.

Prognose

Unter Berücksichtigung der von Verteidigungsminister Struck am 5.12.02 beschlossenen Reduzierungen würden sich folgende finanzielle Entwicklungen ergeben:

1. Es ist nicht übertrieben, festzustellen, dass die schon jetzt projektierte Summe für neue Waffen für die Bundeswehr in den beiden nächsten Jahrzehnten etwa 150 Mrd. Euro beträgt. Diese Summe dient vor allem der Ausrüstung der 150.000 Mann starken „Einsatzkräfte“.

2. Der Anstieg der Rüstungsgesamtausgaben wäre nicht ein hochschnellender, sondern ein mehr oder weniger kontinuierlich wachsender, so dass eher eine Gewöhnung denn ein Empörungseffekt zu erwarten wäre.

3. Die Umsetzung der Ausrüstung der „Einsatzkräfte“ wird den finanziellen Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung von jährlich 24,4 Mrd. Euro bis 2006 sprengen. Der Einzelplan 14 würde bis 2006 um über 2 Mrd. Euro auf etwa 26,5 Mrd. Euro ansteigen müssen, um die geplanten neuen Waffen und Ausrüstungen anschaffen zu können.

4. Die Ausgaben für Militärische Beschaffungen würden bis 2010 um etwa 80 Prozent markant ansteigen.

5. Zur Finanzierung der neuen Waffen und Ausrüstungen würde es zu einem nie da gewesenen dramatischen Anstieg des Exports überschüssiger Waffen aus Bundeswehrbeständen kommen, der den Begriff der „restriktiven Rüstungsexporte“ ad absurdum führt.

Ob und wie die Aufrüstungsplanung umgesetzt wird, hängt in hohem Maße vom Kampf der deutschen aber auch der internationalen Friedensbewegung ab.

Die deutsche Friedensbewegung sollte den Kampf gegen deutsche Rüstungsexporte intensivieren und zunehmend europäisieren. Sie sollte die Herstellung qualitativ neuer Waffen, die vor allem dem Zweck dienen, der Bundesrepublik Deutschland die Fähigkeit zu verschaffen, weltweit interventionsfähig zu werden, mehr auf sich nehmen. Die zentrale Forderung sollte jedoch bleiben: Auflösung der 150.000 Mann starken „Einsatzkräfte“ der Bundeswehr.

Die erdrückende Überlegenheit der sich zudem erweiternden NATO ermöglicht ihre sofortige einseitige Abrüstung – und damit auch die der Bundesrepublik. Eine durchschnittliche Abrüstung der schweren Waffenkategorien der NATO auf ein Fünftel⁴⁵ täte der eigenen Sicherheit keinen Abbruch und würde zudem die Sicherheit anderer Staaten erhöhen, weil sie von den NATO-Staaten weniger Militärinterventionen und Kriege zu befürchten hätten. Die deutschen Militärausgaben nach NATO-Kriterien von derzeit rund 30 Mrd. Euro könnten dementsprechend auf jährlich rund 6 Mrd. Euro gesenkt werden.

Lühr Henken ist IMI-Beirat, im Sprecherrat des Bundesausschusses Friedensratschlag, Vorstandsmitglied des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

⁴⁵ Vgl. Lühr Henken, „Ein Fünftel sind genug!“ – Bundeswehr und NATO abrüsten, in Ralph-M. Luedtke/Peter Strutynski (Hrsg.) Dem Krieg widerstehen – Beiträge zur Zivilisierung der Politik, Kassel 2001, 286 Seiten, S. 221-233.